



Bettina Stark-Watzinger

FDP

Bundesministerin a.D./Landesvorsitzende der FDP Hessen

Antworten zum #WahlkreisRADar des ADFC Main-Taunus

Persönliche Prioritäten: Was ist Ihre persönliche Verbindung zum Fahrrad und zum Radfahren? Was ist Ihnen persönlich beim Thema Radverkehr und Verkehrswende besonders wichtig, und wie möchten Sie sich dafür einsetzen?

Radfahren erfreut sich wachsender Beliebtheit – und das aus gutem Grund. Das Fahrrad spielt eine wesentliche Rolle auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität. Daher ist es nur folgerichtig, dass wir den Ausbau des Radwegnetzes vorantreiben müssen. In der Stadt lassen sich mit dem Fahrrad Verkehrsstaus leicht umgehen. Auf dem Land bietet das Fahrrad wiederum das Gefühl der Freiheit und die Möglichkeit, die Natur aus nächster Nähe zu erleben. Ob Stadt oder Land: Wichtig ist ein faires Miteinander aller Verkehrsteilnehmer und dass die Menschen individuell und bezahlbar mobil bleiben. Ich genieße es sehr, Fahrrad zu fahren, und wünsche mir, es noch stärker in meinen Alltag zu integrieren. Jeder Augenblick an der frischen Luft tut gut.

Position Ihrer Partei: Wie steht Ihre Partei zu den Themen Radverkehr und Verkehrswende? Bitte heben Sie zentrale Punkte und Positionen aus Ihrem Wahlprogramm hervor.

Als Freie Demokraten fordern wir mehr Verständnis für die individuellen Lebensumstände der Menschen. Während Bewohner ländlicher Regionen oft nicht die Möglichkeit haben, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren, muss auch anerkannt werden, dass eine bessere Radinfrastruktur und ein ÖPNV-Angebot bis spät in die Nacht im städtischen Raum Standard sein sollten.

Daher setzen wir uns für ein faires Miteinander aller Verkehrsteilnehmer ein – sei es Auto, Motorrad, Fahrrad, E-Scooter oder Fußgänger. Dies wollen wir durch ausgewogene Regeln und gegenseitigen Respekt, statt durch ideologische Vorgaben erreichen. Die Förderung des Radverkehrs muss im Gleichschritt mit einer verbesserten Integration in das Gesamtsystem des Verkehrs einhergehen. Klar ist, dass wir für den gezielten Ausbau der erforderlichen Infrastruktur mehr Tempo brauchen. Unser Ziel ist es, die Planungszeiten für alle Infrastrukturprojekte zu halbieren, um Straßen, Schienen, Wasserstraßen und digitale Netze schneller auszubauen. Denn Mobilitätspolitik muss vernetzt gedacht und ambitioniert gestaltet werden. Je besser das ÖPNV-Netz, die Sharing-

Angebote und die Fahrradwege ausgebaut sind, desto eher werden Menschen auf das Fahrrad umsatteln. Städte wie Kopenhagen und New York sind hervorragende Beispiele. Denn sie setzen auf Wahlmöglichkeiten und flexible Umstiegsoptionen.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die starren Strukturen der Verkehrsverbünde durch moderne digitale Plattformen ersetzt werden. Private Anbieter sollen fair am Markt teilnehmen, ohne durch unnötige Regeln ausgebremst zu werden. Starre Linienverkehre wollen wir durch flexible, bedarfsgerechte Angebote ergänzen und dafür digitale Daten stärker nutzen. Durch die digitale Vernetzung verschiedener Verkehrsträger schaffen wir nahtlose Mobilitätsketten vom ersten bis zum letzten Kilometer.

Bilanz der letzten Legislaturperiode: Welche konkreten Maßnahmen zum Radverkehr und zur Verkehrswende haben Sie oder Ihre Partei in der vergangenen Legislaturperiode unterstützt oder abgelehnt?

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir den Nationalen Radverkehrsplan 3.0 initiiert und uns für die langfristige Sicherstellung von Mitteln für den Ausbau von Radwegen eingesetzt. Denn entscheidender Faktor für einen verlässlichen Ausbau ist vor allem die Planungssicherheit, um das Fahrrad als echte Alternative auch bei überregionalen Verbindungen zu etablieren. Des Weiteren haben wir das Straßenverkehrsrecht vereinfacht und Maßnahmen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen auf den Weg gebracht – und werden diesen Weg konsequent fortsetzen.

Mit dem Deutschlandticket haben wir den Tarifdschub gelichtet. Mit dem Bundesschienenwegeausbaugesetz haben wir das größte Bahninfrastrukturprojekt der Bundesrepublik auf den Weg gebracht.

Ziele für die Zukunft: Welche konkreten Maßnahmen und Gesetzesvorhaben möchten Sie anstoßen oder unterstützen, um den Radverkehr in Ihrem Wahlkreis und bundesweit zu fördern und die Verkehrswende voranzutreiben?

Im Jahr 2023 haben in Deutschland 446 Radfahrer ihr Leben im Straßenverkehr verloren. Ein entscheidender Faktor für mehr Sicherheit und eine effiziente Mobilität in Städten muss daher die bauliche Trennung von Auto- und Radverkehr sein. Zu lange wurden Radwege einfach an die Straße gedrängt oder über Bürgersteige geführt, was häufig zu Unfällen führte. Stattdessen benötigen wir echte, eigene Radwege, die den Menschen eine sichere Fahrt ermöglichen.

Ich setze mich dafür ein, dass die Kommunen mehr Freiheiten bei der Gestaltung des öffentlichen Raums bekommen, um die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen vor Ort zu erfüllen. Zudem müssen wir den Trend zu E-Bikes begleiten und die Integration von Leihsystemen und Jobrädern besser auf andere Verkehrsmittel abstimmen. Das Fahrrad mag nicht immer die ideale Lösung für jede Situation sein, aber wo Menschen sich aktiv für das Rad entscheiden – und das wollen wir ermöglichen – müssen wir sicherstellen, dass es eine realistische, sichere und praktische Option ist.

Wähler:innen einbeziehen: Welche Rolle sehen Sie für Bürgerinitiativen und Vereine wie den ADFC bei der Gestaltung einer fahrradfreundlichen Politik?

Die Bürgerinnen und Bürger wissen selbst am besten, was sie vor Ort, in ihren Städten und Gemeinden brauchen und welche Projekte sie umsetzen wollen. Ihre Beteiligung – in Bürgerinitiativen, Vereinen, Parteien und sonstigen Vereinigungen – ist daher nicht nur ein demokratischer Gewinn, sondern auch unerlässlich für die (verkehrs-)politische Entwicklung jeder Kommune.